

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

10 – 16. Februar 2024

Die bürgerlich-konservative Partei Les Républicains hat am 12. Februar ein Referendum mit sogenannter „geteilter Initiative“ (RIP) über das Einwanderungsgesetz vorgeschlagen. Im Januar hatte der Verfassungsrat Teile des Gesetzes zensiert, die LR nun erneut zur Debatte stellen will. Das RIP-Verfahren muss zunächst von 185 Parlamentariern eingeleitet, innerhalb eines Monats vom Verfassungsrat bestätigt und dann innerhalb von neun Monaten von 10 % der Wählerschaft, d. h. fast 5 Millionen Menschen, unterstützt werden, bevor die Franzosen schließlich per Referendum abstimmen können. Mit 133 Senatoren und 62 Abgeordneten, die im Dezember für die ursprüngliche Version des Einwanderungstextes gestimmt haben, sollte LR in der Lage sein, die erste Hürde der erforderlichen 185 Parlamentarier zu überwinden.

Innenminister Gérald Darmanin kündigte am 11. Februar das Ende des Bodenrechts im französischen Überseegebiet Mayotte an. Damit möchte er die Probleme der inneren Sicherheit sowie der unkontrollierten Einwanderung bekämpfen. Der Innenminister und seiner Kollegin Marie Guévenoux, die für die Überseegebiete zuständig ist, hielten sich zu einem Blitzbesuch auf der Inselgruppe im Indischen Ozean auf. Das Ende des Bodenrechts unterliegt einem Votum des Kongresses aus Abgeordneten und Senatoren, die der Verfassungsänderung zustimmen müssen. Derweil halten die sozialen Unruhen in Mayotte an. Mehrere Barrikaden wurden von den Inselbewohnern errichtet, um gegen Kriminalität und Einwanderung von den Komoren zu demonstrieren. Der Präfekt von Mayotte, Thierry Suchet, wurde am 14. Februar durch François-Xavier Bieuville, den derzeitigen Unterpräfekten von Dünkirchen, ersetzt.

Der ehemalige französische Präsident Sarkozy ist auch im Berufungsverfahren im Rahmen der sogenannten Bygmalion-Affäre erneut verurteilt worden. In der Affäre um erhöhte Wahlkampfkosten 2012 hat ein Berufungsgericht in Paris Nicolas Sarkozy zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt - sechs Monate davon auf Bewährung. Die Verteidigung hatte in dem Prozess auf Freispruch plädiert. Der ehemalige Präsident reichte Revision ein.

Die Außenminister des deutsch-französisch-polnischen „Weimarer Dreiecks“ haben sich am 12. Februar außerhalb von Paris zu einem Arbeitstreffen getroffen. Der französische Außenminister Stéphane Séjourné lud seine deutschen und polnischen Amtskollegen Annalena Baerbock und Radosław Sikorski ein, in Saint-Cloud über Frieden und Sicherheit, die Souveränität der EU und Solidaritätsfragen zu diskutieren. Deutschland, Frankreich und Polen kündigten an, sich gemeinsam gegen russische Cyberattacken und Desinformationskampagnen wehren zu wollen. Zu Zielerreichung wurde ein gemeinsamer Warnmechanismus der drei Länder gegen russische Troll-Angriffe vereinbart. Stéphane Séjourné, kündigte ebenfalls am 12. Februar die Aufdeckung eines Propagandanetzwerks mit der Bezeichnung „Portal Komбат“ durch Frankreich an. Um die öffentliche Meinung in Europa, speziell in Frankreich, in die Irre zu führen, verbreitete dieses aus vorgeblichen digitalen Informationsportalen bestehende Netzwerk prorussische Inhalte, die den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine legitimieren und die ukrainischen Behörden diskreditieren sollen.

Der ukrainische Präsident Volodymyr Zelensky, der in Frankreich und anschließend in Deutschland erwartet wird, soll mit Staatspräsident Emmanuel Macron am 16. Februar ein Sicherheitsabkommen unterzeichnen, wie der Élysée-Palast bekannt gab. Die Verpflichtungen könnten die Bereitstellung von militärischer Ausrüstung, die Ausbildung ukrainischer Soldaten oder auch die Stärkung der ukrainischen Verteidigungsindustrie umfassen.

Der rechtspopulistische Abgeordnete Nicolas Bay ist der Fraktion der Konservativen und Reformer im Europäischen Parlament beigetreten. Bay war zuvor Mitglied von Marine Le Pens Rassemblement National, bevor er zu Reconquête wechselte. Reconquête wird bei den kommenden Europawahlen von Marion Maréchal, der Ehefrau des Fratelli d'Italia (EKR)-Abgeordneten Vincenzo Sofo und Nichte von Marine Le Pen, angeführt.

Die französische Regierung gab am 12. Februar bekannt, dass sie 42 Personen aus dem Gazastreifen evakuieren konnte. Dabei handelte es sich um französische Staatsbürger sowie Mitarbeiter des Institut Français mit ihren Familienangehörigen. Die Personen werden nun in Ägypten von der französischen Botschaft und dem Generalkonsulat in Kairo betreut, so das französische Außenministerium.

Das französische Außenministerium gab am 13. Februar bekannt, dass es Sanktionen gegen 28 „extremistische israelische Siedler“ verhängt hat, die sich „Gewalttaten gegen palästinensische Zivilisten im Westjordanland“ schuldig gemacht haben. „Frankreich bekräftigt seine entschiedene Verurteilung der Gewalttaten. Wie wir bereits mehrfach bekräftigt haben, liegt es in der Verantwortung der israelischen Behörden, diese zu beenden und die Täter zu verfolgen“, schreibt das Ministerium in der Erklärung.

Der Staatsrat forderte die Medienaufsicht Arcom auf, ihre Kontrolle über den Nachrichtensender CNews zu verstärken. Das höchste Verwaltungsgericht „wies die Arcom an, innerhalb von sechs Monaten erneut zu prüfen, ob der Sender CNews seinen Verpflichtungen in Bezug auf Pluralismus und Unabhängigkeit der Information nachkommt“, wie es in einer Pressemitteilung heißt. Die Entscheidung folgt einem Einspruch der NGO Reporter ohne Grenzen (RSF), die der Ansicht ist, dass CNews „kein Nachrichtensender mehr ist, sondern sich zu einem Meinungsmedium entwickelt hat“, was CNews bestreitet.

Die Überfischung betrifft noch immer 20% der in Frankreich gefischten Fische. Im Jahr 2022 stammten 56% der 347.000 Tonnen Fisch, die in Frankreich gefischt wurden, aus nachhaltig bewirtschafteten Beständen, eine Zahl, die sich im Vergleich zu 2021 (54% nachhaltige Fischerei) leicht verbessert hat. Damit ist Frankreich jedoch weiterhin noch weit von dem europäischen Ziel entfernt, dass eine 100%-Quote vorsieht.

Französischen Medienberichten zufolge werden die Zugbegleiter der französischen Bahn auf Initiative der Gewerkschaften Sud-Rail und CGT am Wochenende streiken. In großen Teilen Frankreichs liegt das Wochenende zu Beginn oder mitten in den Winterferien. Gefordert wird eine Lohnerhöhung von 150-200€ brutto. Die Konzernleitung schloss eine solche Erhöhung aus.

Der ehemalige französische Justizminister Robert Badinter ist gestorben. Badinter wurde vor allen Dingen durch seine Rolle bei der Abschaffung der Todesstrafe im Jahr 1981 bekannt. Auf Antrag der Familie von Robert Badinter teilte der Élysée-Palast der rechtspopulistischen Partei Rassemblement National sowie der linkspopulistischen Partei La France insoumise mit, dass ihre Anwesenheit bei der nationalen Ehrung am 14. Februar nicht erwünscht ist.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Laurent Wauquiez, potenzieller Kandidat der bürgerlich-konservativen Partei Les Républicains für die Präsidentschaftswahlen 2027, betonte in einem Interview, dass er sich für gute Listenplätze bei den Europawahlen für Landwirte einsetzen wird. Er bestätigte jedoch nicht, dass Céline Imart, eine Getreidebäuerin aus dem Département Tarn, als Stellvertreterin des Spitzenkandidaten François-Xavier Bellamy für die Wahl am 9. Juni im Gespräch steht. Diese Entscheidung obliege dem Parteichef Eric Ciotti, so Bellamy.

DIE ZAHL DER WOCHE

Das Misstrauen der Franzosen gegenüber der Politik ist im Vergleich zu anderen europäischen Ländern nach wie vor sehr hoch, so das jährliche Barometer des französischen Forschungsinstituts Cevipof, das am 13. Februar veröffentlicht wurde. Laut der Studie sind 68% der Franzosen der Meinung, dass „die Demokratie nicht gut funktioniert“, was einem Anstieg von 4 Punkten innerhalb eines Jahres entspricht. Der Anstieg dieses Misstrauens ist im Übrigen auch in Italien (+5 Punkte auf 63%) und vor allem in Deutschland (+8 Punkte auf 47%) spürbar.

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	1
9	8	2	0
2	0	1	6